

# Protokoll der Veranstaltung „Marxloh redet Tacheles“ am 02.07.2014

Die Veranstaltung beginnt um 18Uhr30 in der Mensa der Herbert-Grillo-Gesamtschule, wird jedoch aufgrund der zahlreichen Teilnehmer auf den angrenzenden Schulhof verlagert.

Der Hausherr der Veranstaltung, Herr Zander als Vertreter der Herbert-Grillo-Gesamtschule, eröffnet den Abend. Danach ergreift die Veranstalterin, Heike Priebe als Sprecherin des Bürgerforums Marxloh, das Wort, stellt sich kurz vor und erklärt die Spielregeln für die teilnehmenden Bürger, Vertreter der Politik und Verwaltung.

Anschließend begrüßt Patricia Jessen, die Moderatorin des Abends, die zahlreich erschienen Bürger und Verantwortlichen, stellt sich kurz vor und nennt die Ziele der Veranstaltung:

- 1: Nöte, Sorgen und Herausforderungen schildern.
- 2: Was gibt es an Maßnahmen und Projekte im Stadtteil
- 3: Der Blick in die Zukunft, was kann man gemeinsam machen.

Sie betont, dass es keine Jammerstunde werden soll und wiederholt die Spielregeln:

1. Alle **Marxloher** Bürger, hier Arbeitende, Institutionen etc. können sich zu Wort melden.
- 2: Alle Experten können das Wort ergreifen und antworten
- 3: Jegliche Form von Extremismus wird nicht geduldet, bei Zuwiderhandlung wird die Moderatorin von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und störende Personen entfernen lassen. Die Moderatorin bittet um einen höflichen, respektvollen Umgang miteinander und betont, dass aufgrund der Ablaufänderung (*Verlagerung der Veranstaltung aufgrund der Zuschauermenge von der Mensa auf den Schulhof, fehlende Stellwände mit vorbereiteten Zitaten der Bürger*) sich wieder eines gezeigt hat: **Improvisieren kann man in Marxloh!**

Bürger: „Was ist mit den Bürgern aus Beeck und anderen Stadtteilen? Werden diese auch gehört?“

Moderatorin: „Es geht hier einzig um Marxloh daher sollen nur die Marxloher Bürger sprechen!“

Bürgerin lebt seit 40 Jahren im Stadtteil: „Früher war alles sauber, jetzt ist es dreckig – das gibt es in Düsseldorf und Neuss nicht, Müll ist ein ganz großes Problem“.

Herr Keteci, Vertreter der Wirtschaftsbetriebe, nennt die Hotline für Wilde Müllkippen und garantiert, dass diese innerhalb von 48 Stunden beseitigt werden und bittet dem Publikum an, dieses einfach einmal zu testen. Er betont, dass sich die wilde Müllkippe auf einer öffentlichen Flächen befinden muss!

Eine Ladeninhaberin von der Weselerstr. 16-20 ergreift das Wort, „*ich platze gleich*“ und berichtet, dass die Straße nur einmal in der Woche gekehrt wird, dass sie vor 14 Tagen die Hotline bzgl. Müllkippen angerufen hat und nichts passiert ist, dass es keine Einzelreiniger mehr auf den Gehwegen gibt, keinen Winterdienst und besonders problematisch die Markttag bzgl. des anfallenden Plastikmülls sind!

Herr Keteci verdeutlicht, dass es eine Abfallaufsicht gibt, die die Aufgabe hat zu ermitteln, woher und von wem der Müll stammt.

## **Während Herr Keteci spricht werden Moderationskarten verteilt, auf denen die Bürger Fragen formulieren können.**

Ein Bürger berichtet vom zahlreichen Ausfüllen der „Wilde Müllkippen-Formulare“ im Internet und von dem Müll auf seinem Hinterhof, einem Privatgrundstück, und fragt was er noch tun kann.

Herr Keteci erklärt, dass die Besitzer in der Regel angeschrieben werden, die Wirtschaftsbetriebe aber keine Handhabe haben, da es sich um ein Privatgrundstück handelt. Nur wenn eine Gefahr vorliegt, kann mit Hilfe des Ordnungsamtes reagiert werden.

Herr Mettlen, Leiter des Bürger- und Ordnungsamt, ergreift das Wort und erklärt, dass man Abfall auf Privatgrundstücken in organischen und nicht organischen Abfall unterteilt und bei entstehender Geruchsbelästigung durch organischen Abfall die Wirtschaftsbetriebe vom Ordnungsamt beauftragt werden, den Müll zu entsorgen. Der Auftrag muss vom Ordnungsamt erteilt werden, das vorher den Müll besichtigt hat. Herr Mettlen betont, dass Bürger nicht selber handeln sollen, sondern beobachten und wenn möglich, der Abfallaufsicht die Verursacher melden.

Eine Bürgerin von der Karl-Marx-Str. äußert ihre Wut über das Problemhaus an der Roonstr.72. Sie selbst hat Pkws auf dem Garagenhof dort stehen und traut sich kaum noch dorthin. Sie berichtet unter Applaus der anderen Teilnehmer von dem Müll und massiver Lärmbelästigung durch die Menschen, die dort leben und das vor allem im Freien. Sie feiern auf der Straße, stehen in Gruppen auf den Bürgersteigen zusammen, dass andere Passanten (Rolatorbeispiel) kaum durchkommen, weil einfach kein Platz gemacht wird. Wer kann da Abhilfe schaffen?

Herr Mettlen sieht darin ein gesellschaftliches Problem - Stimmen aus dem Publikum sprechen von Angst, „*wir fühlen uns bedroht!*“ - Herr Mettlen berichtet von der Einrichtung einer Ämterübergreifenden **Taskforce** bzgl. dieser Schrottimmobilien, den Problemhäusern und dem billigen Wohnraum, betont aber, dass es wenig rechtliche Grundlagen gibt, da EU-Bürger Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit genießen.

Die Bürgerin berichtet weiterhin von ihren Beobachtungen, dass viele Bewohner dieser Problemhäuser sich mit Essen der Tafel (Bürger für Bürger auf dem August-Bebel-Platz) umsonst versorgen und nachmittags dann in ihren dicken Luxuslimousinen wegfahren.

Die Moderatorin spricht das Vorhandensein von eventuellen Clanstrukturen an.

Ein Bürger von der Sandstr., der seit 17 Jahren im Stadtteil lebt, fragt, warum es keine komplette Straßenreinigung inklusive regelmäßiger Sperrmüllabholung gibt, „*Marxloh hat die Brautmodenmeile und mehr nicht, Marxloh geht den Berg runter!*“.

Eine jugendliche Bürgerin sagt, dass sie nichts gegen Ausländer hat wohl aber gegen Bulgaren. Sie spricht von Bedrohungen unter anderem auch in der Herbert Grillo Gesamtschule, von kleinen Kindern, die treten und beißen. Sie habe Eltern der bulgarischen Kinder angesprochen, die ihr entgegneten, „*die Kinder spielen halt so!*“. Sogar mit angezündeten Zigaretten soll ihre Schwester bedroht worden sein.

Eine Mitarbeiterin der AWO, die nach eigener Aussage für alle Menschen und Institutionen da ist, betont, dass man sachlich reden soll und soziale Probleme nicht ethnisiert werden dürfen! Man muss alle Sichtweisen beleuchten, wie entstehen diese Missstände, die Wohnsituation, die Müllproblematik, man muss aufklären! Sie vergleicht die Situation mit früher, „*vor 50 Jahren kamen die Türken.*“.

Ein Marxloher Künstler meldet sich zu Wort und stellt fest, dass es nicht „Die“ Bulgaren und „Die“ Türken gibt und will folgende Probleme konkretisieren:

1: *Es ist wichtig, dass es die AWO gibt und es ist schade, dass diese sich räumlich verkleinert hat. Aber jeder soll sich fragen, was er tun kann!*

2: *„Wir brauchen eine Begegnungsstätte in Marxloh; der Marxloher kennt den Marxloher nicht“*

3: *„Warum gibt es die Mülltonnen auf dem Parkplatz an der Weselerstraße/Ecke Dahlmannstraße nicht mehr?“*

Herr Ketici will letzteres überprüfen – Zuruf aus dem Publikum: *„Die stehen jetzt in der Innenstadt!“*

Ein Bürger von der Hagedornstraße beschreibt das schöne Wetter, über das er sich leider nicht mehr freuen kann, und berichtet von den Menschen die bei diesem Wetter auf der Hagedornstraße kampieren, nach 22Uhr Party machen, von dem Lärm und dem Umstand, dass er nachts nicht zu Ruhe kommt. Morgens um 6Uhr stehen schon wieder die Arbeiter an dem Kiosk. Er erzählt, dass man aufgrund §536 BGB die Miete wegen Lärmbelästigung mindern kann und fragt, an wen er sich wenden muss, wenn er als Besitzer die Grundsteuer kürzen möchte. Unter Zuspruch des Publikums wurde geflächst, *„es könne das örtliche Finanzamt / Steueramt zuständig sein.“*

Herr Pethke, Leiter des Jugendamtes, stellt fest, dass man wenig Eingriffsmöglichkeiten hat und ordnungsrechtlich wenig Chancen sieht. Nur wenn spielende Kinder unbeaufsichtigt von Eltern gesehen werden, kann man diese in die Obhut nehmen, *„aber wer will das schon, ich möchte Sie sehen, wenn ihre Kinder nicht nach Hause kommen.“*

Herr Mettlen wiederholt, wenn man sich nach 22 Uhr in seiner Ruhe gestört wird, möchte man dies bitte dem Ordnungsamt melden, dieses wird dann überprüft werden.

Die Polizei ergreift das Wort und stellt fest, dass es eine Wache in Marxloh gibt. Wenn eine Ruhestörung gemeldet wird geht man dieser auch nach. Es kann schon einmal dauern, weil man Prioritäten setzt und ein Wohnungseinbruch gegenüber Ruhestörung vorrangig behandelt werden muss. *„Die Wache in Marxloh ist mit bis zu 4 Leuten besetzt, „dies ist ein Luxus, den andere Stadtteile nicht haben, und die Polizei läuft nicht an Schlägereien vorbei!“* (Letzteres als Reaktion auf einen Zuruf im Publikum).

Bürgerin: *„Es geht nicht mehr! Verkackte Pampers und Binden werden in die Büsche geworfen, die wollen sich nicht anpassen“*.

Herr Terzic als Vertreter des Integrationsreferats sagt, dass er einige Aussagen als grenzwertig empfindet, vieles für ihn verständlich ist. Man muss sich über die Regeln des Zusammenlebens verständigen, Integration kann nicht schwarz-weiß diskutiert werden. In Zyklen kommen immer wieder neue Zuwanderer – der Vergleich zu damaligen Zuwanderungen wird erneut angeführt. *„Die“* Rumänen gibt es nicht, nur Menschen mit Fehlverhalten. Zugewanderte müssen sich einbringen. Zuzugsschwerpunkt mit 11.000 Menschen ist Duisburg, der Fokus liegt auf 6 Stadtteilen. In Duisburg leben 160.000 Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln. *„Wir müssen das Tal durchschreiten, ringen und vielleicht streiten, die Stadtverwaltung und die Gesellschaft müssen zusammenarbeiten.“*

Der Vorsitzende des Vereins Bürger für Bürger berichtet, dass er 300 Roma in die Lebensmittelhilfe aufgenommen hat. Generell werden die Roma hier her gebracht. Heike W. sei dafür verantwortlich. Das eigentliche Problem sind die „Zigeuner“, eine unterdrückte Volksgruppe, die keine Infrastruktur kennt, schlechte sanitäre Verhältnisse hat sprich in einer miserablen Wohnsituation lebt. *„Wir brauchen integrierte Romas, die diese Romas integrieren“*.

Die Moderatorin fragt, wo es diese integrierten Romas gibt und merkt an das Heike W. der Stadtverwaltung bekannt sein dürfte.

Eine Bürgerin berichtet, dass sie vor 15 Jahren ein Haus neben einem Spielplatz gekauft haben und das dort randaliert wird und zum Teil sich 30 Personen auf dem Klettergerüst aufhalten. „Bei herbeigerufener Polizei rennen die Leute in alle Himmelsrichtungen weg“. Weiter fragt sich die Bürgerin, *„warum werden Zuwanderer nicht anders verteilt, warum hier auf einem Haufen?“*.

Die Moderatorin fragt, wie man in diese Gruppen hineinwirken kann. Mehr Polizei/Ordnungsmacht? Bessere Verteilung der Zugewanderten aber Freizügigkeit.

Eine Bürgerin beschreibt die Zustände auf der Henriettenstraße – berüchtigter Straßenzug. Die Kinder sind bis tief in die Nacht draußen, die eigenen Kinder finden keinen Schlaf und sind übermüdet. Die Prostitution ist sehr extrem, „Junge Dinger“. Auf der Straße werden Autos beschädigt und wenn sie die Leute daraufhin angesprochen hat entgegnete man ihr nur *„Halt die Schnauze, Du Schlampe!“*. In Deutschland scheint es keine Regeln zu geben.

Die Polizei gibt an, dass sie von dem Problem grundsätzlich weiß und die Stadt aktiv wurde. Liegenschaften an der Warbruckstraße wurden überprüft, Anwohner ergebnislos befragt. In der Henriettenstraße gab es vor langer Zeit unbestätigte Verdachtsfälle und seither sind keine neuen Fälle gemeldet worden.

Das Ordnungsamt stellt klar, dass Prostitution nicht grundsätzlich verboten ist. Es gibt aber eine Sperrgebietsverordnung, die sich jedoch nicht auf das ganze Stadtgebiet erstreckt. Sind Kinder involviert oder wird der Hausprostitution nachgegangen, werden die Ordnungsbehörden einschreiten. Die Bauaufsicht wird dann auch eingeschaltet. Herr Mettlen bittet erneut, solche Vorfälle anzuzeigen!

Herr Pethke weiß offiziell nichts von der Jugendprostitution, will dem aber nachgehen.

Ein Bürger, der seit 40 Jahren im Stadtteil lebt – aktuell Henriettenstraße, spricht die vielen Leerstände im Stadtteil an und berichtet, dass viele Eigentümer ihren Wohnungsaufsichtspflichten nicht nach kommen sprich wie viele Personen bewohnen eine Wohnung, wird die Hausordnung eingehalten, stimmt das Müllvolumen für die Hausgemeinschaft, *„normalerweise kann man hier nicht mehr leben, was haben sie für Lösungsvorschläge?“*.

Herr Mettlen berichtet von der Arbeitsgruppe/Taskforce „Problemimmobilien“ und deren Vorgehensweise: Man versucht in Zusammenarbeit mit dem Einwohnermeldeamt herauszufinden ob die der Stadt gemeldete Anzahl an Mietern mit den tatsächlich angetroffenen Anwesenden übereinstimmt. Dies ist jedoch schwer zu überprüfen. In konkreten Fällen kann man sich auch die Wohnungen anschauen, die sanitären Anlagen, Kabelleitungen etc. in Augenschein nehmen. Da arbeitet man auch mit dem Gesundheitsamt zusammen.

Haydar Özbas, Sprecher des Runden Tisch Marxloh e.V., fasst noch einmal kurz den Auftrag der circa 200 Anwesenden an die Verwaltung zusammen, den hier geäußerten und konkretisierten Problemen nachzugehen.

Ein Bürger von der Dahlstraße wettet: „*Wetten, dass sie es nicht schaffen, von der Wiesenstraße zum Pollmannkreuz mit dem Fahrrad zu fahren, ohne dass ein PKW auf dem Fahrradweg steht*“. Außerdem stellt er den für 18 Millionen umgebauten Willy-Brandt-Ring in Frage, der kaum benutzt wird. Stattdessen sollte man lieber die Lkws von der Weselerstraße verbannen. Zudem spricht er das Problem der Autoabgase und des CO<sub>2</sub>-Austosses an. Leider war Vertreter des Straßenverkehrsamtes vor Ort, um diesbezüglich eine fachgerechte Auskunft zu geben.

Ein Bürger fragt nach den auf der Henriettenstraße durchgeführten Razzien bzgl. der Wohnungsüberbelegung und was dabei heraus gekommen ist.

Herr Mettlen berichtet von 2 Überprüfungen ohne konkret zu werden und verspricht, dass weitere Überprüfungen durchgeführt werden (Taskforce).

Eine Hausbesitzerin berichtet von ihren Problemen Wohnungen zu vermieten und wenn die Brautmodemeile nicht da wäre, wäre es um Marxloh ganz schlecht bestellt. Das Ganze sei politisch gesteuert und ihr ist aufgefallen, dass im Duisburger Süden nichts dergleichen passiert.

Uwe Heider, Bezirksbürgermeister, sieht das Problem auch bei den Vermietern. Er fordert die Bevölkerung auf, Zivilcourage zu zeigen und den Leuten das sagen was sie falsch machen. Auch merkt er an das das Ordnungsamt sicher bescheid weiss was zum Thema Prostitution in Marxloh geschieht. ER sieht betroffene Leute im Publikum und fragt sich, wie er helfen kann. Er hat jeden Dienstag und Donnerstag eine Bürgersprechstunde, die nur wenig genutzt wird und er bittet die Bevölkerung wirklich zu kommen und die Probleme an ihn heran zutragen. Er stellt aber auch fest, dass es häufig an Geld und Personal fehlt, um Sachen umzusetzen.

Rainer Enzweiler, Ratsherr der CDU, ergreift das Wort und sagt, dass er seit 40 Jahren in Marxloh lebt und arbeitet und das, was er hier hört, tatsächlich der Wahrheit entspricht. Die Lage ist viel schwieriger als im Duisburger Süden und die Integration ist nun mal ein schwieriges Geschäft. „Wir können das schaffen, aber ohne finanzielle Mittel?“. Außerdem dürfen nicht alle auf einen Haufen gebracht werden aber leider sind die Mieten hier am Niedrigsten.

Eine Bürgerin spricht die überfüllten Wohnungen an und beschreibt den Hartz IV Betrug. Die Stadt Duisburg lässt diese Vorgehensweise anscheinend zu, da mehrere Anrufe beim Ordnungsamt ergebnislos blieben.

Rainer Enzweiler nimmt auch hier wieder die Stadtverwaltung in die Pflicht, die das neue Wohnungsaufsichtsgesetz nicht konsequent umsetzt. Zudem fordert er mehr Polizeipräsenz in Marxloh und an das Ordnungsamt gerichtet sagt er, dass der Bürger sich darauf verlassen können muss, dass präventiv kontrolliert und nicht nur Verkehrsvergehen sondern auch der Müllproblematik nachgegangen wird. Außerdem spricht er das Problem der vielen Graffitis an und fordert die Stadt auf, mehr zu investieren. „Unsere Wirtschaftskraft haut aus Marxloh ab“

Ein Bürger von der Kaiser-Wilhelm-Straße sagt, dass die KWS mittlerweile in eine Rennstrecke verwandelt wurde. „Nachts kann man bei offenem Fenster nicht mehr schlafen!“. Als weiteres Problem sieht er die Ampelschaltung an, da Fußgänger je nach Verkehrssituation und vorbeifahrenden Straßenbahnen bis zu 6 Minuten an der Ampel warten müssen. Außerdem nimmt er regelmäßig Brandgeruch wahr und fragt sich, ob die Restaurants ihren gesetzlichen Auflagen nachkommen, sind die Kamine vielleicht zu niedrig oder nicht richtig filtriert. Die Emissionsschutzbehörde, die er verständigt hat, wiegelt mit den Worten „er lebe schließlich in einem Industriegebiet!“ ab. Selbst eine für solche akuten Beschwerden eingerichtete telefonische Nothotline reagiert mittlerweile genervt.

Die Frau des Vorredners empört sich über den augenscheinlich ständig grinsenden Polizisten.

Eine Wortmeldung eines Vertreters der Partei ProNRW wurde nicht berücksichtigt, da es hier - wie angekündigt – nur um Marxloher Belange und nicht um politische Ansichten geht.

Eine Bürgerin von der Warbruckstraße, die, an Herrn Enzweiler gerichtet, 24 Stunden und nicht nur 14 Stunden in Marxloh lebt, sieht das Problem in der wachsenden Armut und sagt, dass die Kriminalität ein Ausdruck von Armut ist. Sie selbst hat schon 150 Anträge auf Kindergeld für Rumänen gestellt und alle wurden abgelehnt. „das Müllproblem haben wir bereits seit vielen Jahren, dies können wir nicht den Zuwanderern zuordnen“. Dem vermeintlich grinsenden Herrn Enzweiler - „ *da brauchen Sie gar nicht so zu grinsen!*“ - stellt sie die Frage nach den Schulplätzen. Weiter führt sie an, dass Kinder hungern und Eltern in Folge dessen stehlen.

Eine Bürgerin berichtet von Müll und „Drogenspritzen“ die aus dem Fenster auf der Hagedornstraße 19 in ihren Hof geworfen werden, „*unser schöner Hof ist nur noch ein Müllplatz!*“.

Ein Bürger von der KWS 277 berichtet von seinem Bruder, der im Laden gegenüber verprügelt wurde und dass die Polizei in diesem Fall nicht eingegriffen hat.

Die Moderatorin betont, dass es JETZT alle hören und bittet um weitere Wortmeldungen.

Ein Bürger, der seit 26 Jahren auf der Hagedornstraße lebt, sagt, dass die Ausländer zum Stadtteil dazu gehören. Vor Jahren gab es das Problem zwischen Kurden und Türken und in den 90er Jahren kamen die unterschiedlichsten Volksgruppen aus dem Jugoslawienkrieg. Respekt ist enorm wichtig, „*Respekt ist keine Einbahnstraße*“. Wie sollen Kinder beschult werden, wo gibt es Jugendheime und Sportvereine. Er gibt an arbeitslos zu sein und sagt, dass er gerne unterrichten würde, aber dann würde er „schwarz“ unterrichten und das Jobcenter würde ihm die Mittel kürzen. Er greift das Ordnungsamt an, dass in in dieser Umweltschutzzone bei fehlenden grünen Plaketten Knöllchen verteilt aber um ausländische Pkws einen Bogen macht und stellt die Frage nach der Versicherung dieser Pkws.

Die Moderatorin läutet aufgrund der fortgeschrittenen Stunde die Schlussrunde ein und fragt die einzelnen Verantwortlichen, was sie mitnehmen.

Herr Mettlen vom Ordnungsamt bittet die Bürger inständig, E-Mails zu schreiben, anzurufen oder ihn direkt zu kontaktieren.

Ein Beecker Bürger aus dem Publikum regt sich fürchterlich auf, „*unsere Meinung wird unterdrückt!*“ Da dieser nicht zu beruhigen war, die allgemeine Stimmung aufhitzte und es nicht Marxloher Belange ging, wurde in diesem Falle von dem Hausrecht Gebrauch gemacht und er des Platzes verwiesen.

Die Moderatorin kehrt zum Thema zurück und betont, dass der Runde Tisch Marxloh e.V. die an diesem Abend getätigten Aussagen verfolgt werde.

Herr Enzweiler sieht es positiv, das so viele Menschen da sind, „*man hat Marxloh noch nicht aufgegeben!*“. Man kann ihn jederzeit anrufen, gibt aber zu verstehen, dass er nicht die Verwaltung ist sondern nur ein ehrenamtlicher Politiker. Die Moderatorin betont nochmals, dass man sicherlich Herrn Enzweiler jederzeit ansprechen kann.

Eine Bürgerin fragt nach der Trinkhalle in der Hagedornstraße, in der Alkohol verkauft wird und spricht Claus Krönke an, der sich darum kümmern wollte.

Claus Krönke gibt an, dass er die Situation auf der Hagedornstraße kennt weil er da wohnt und zudem in der Bezirksvertretung sitzt. Das wichtigste für ihn sei die Integration und beschreibt das Leben der jungen Denisa, die einen Job als Dolmetscherin beim Runden Tisch Marxloh hat und mit ihren Kinder ein Beispiel für eine gelungene Integration ist. Man muss ehrlich sein, die beschriebenen Problem sind da aber die Stadt braucht Geld um diese Probleme zu lösen; Geld, welches die Stadt nicht hat. Duisburg alleine kann das nicht stemmen, da ist die EU gefordert. Alles was in dem Viertel passiert und den Bürgern auffällt sollen sie melden, Herr Krönke gibt das an die entsprechenden Stellen weiter bzw. trägt es mit Herrn Slykers in die Bezirksvertretung. Zudem bricht eine Lanze für die Polizei, die hier die „Arschkarte“ hat – 4 Wagen und 8 Beamte im Duisburger Norden, da muss Geld her!

Eine Bürgerin fragt nach den Geldern, die Duisburg hat bzw. nicht hat. Man muss die Leute informieren, wie sie an Gelder für ihre Kinder kommen. Die Kinder integrieren sich so wie man es ihnen beibringt, *„aber wo sind die Intergrationsmitarbeiter bei der Stadt?“*.

Herr Terzic gibt zu verstehen, dass die AWO, Zoff und andere im Stadtteil sind.

Die Bürgerin harkt nach und sagt, dass die Leute nicht aufgeklärt werden und nicht wissen wie man an Geld kommt.

Eine Mitarbeiterin einer Marxloher Ganztagschule gibt an, dass sie diesbezüglich schon länger aufklärerisch tätig sind, dies aber niemand in Anspruch genommen hat. Es gibt genügend Hilfsmittel/Anträge (BUT-Anträge), die in den Schulen verteilt wurden, jedoch sind diese für Laien nur sehr schwer auszufüllen.

Herr Pethke gibt an , dass die Jugendeinrichtung auf der Hermannstraße geöffnet bleibt und die Kiebitzmühle nach dem Umbau weitere 40 Plätze anbieten kann. Insgesamt entstehen in Marxloh 80 neue Kindergartenplätze. Die Beschulung der Kinder findet ebenfalls statt. Weiterhin nimmt er mit, dass sich nachts Kinder auf den Straßen aufhalten und es beobachtet wurde, dass junge Menschen der Prostitution nachgehen. Auch er gibt seine Rufnummer für die direkte Kontaktaufnahme heraus.

Ein Bürger gibt zu Bedenken, dass Unmut und Wut nicht in Hass umschlagen darf – Radikalisierungsproblem - und erläutert, dass Tacheles ein Begriff aus dem Jiddischen ist und dort ebenfalls eine verfolgte Gruppe angesprochen wurde. *„Man soll sich an die Ärsche wenden, die uns den Tisch gedeckt haben, all den Müll auf einen Lkw verfrachten und in Brüssel vor dem EU-Parlament abladen!“*.

Herr Keteci sagt kurz, dass er sich alles notiert hat und fordert die Bürger nochmals auf jederzeit und hartnäckig anzurufen. Weiter steht er noch für Fragen nach der Veranstaltung zur Verfügung.

Manfred Slykers, Ratsherr der SPD, sagt, dass die Probleme nicht neu sind. Das neue Wohnaufsichtsgesetz ist seit April 2014 in Kraft und muss nur umgesetzt werden. Er selbst sitzt im Polizeibeirat und wird die Probleme dort mit hinein nehmen. Am Samstag, den 06.07.2014, gibt es ein Treffen mit der SPD, wo weiter diskutiert wird. Der Handlungsbedarf muss nun eingefordert und konkrete Lösungen müssen gefunden werden.

*„Weiter werde ich mit dem Runden Tisch Marxloh zusammenarbeiten, dies war sicherlich nicht die letzte Veranstaltung dieser Art“*.

Die Moderatorin bietet dem Publikum an sich jederzeit beim Runden Tisch Marxloh und beim Bürgerforum zu melden und beschließt somit den bereits zeitlich überzogenen Abend.

Einige Bürger brachten noch lautstark ihren Unmut zum Ausdruck. Aufgrund der bereits überschrittenen Zeit war es leider nicht möglich, wirklich jede Wortmeldung zu berücksichtigen.

Heike Priebe betont ausdrücklich, ihr die ausgegebenen Moderationskarten mit offene Fragen und Anregungen zurückzugeben, damit auch die letzten, offenen Fragen im Nachgang gestellt werden können.

Heike Priebe bedankt sich für die rege Teilnahme und verabschiedet sich mit einem „Auf Wiedersehen“.